

Steuerpolitik gefährdet Betreuung

Rainer Arnold unterstreicht Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Ab 2013 haben Kinder ab dem ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf Betreuung. Länder und Kommunen erhalten deshalb bis dahin vier Milliarden Euro jährlich für den Ausbau der Betreuung. Angesichts der Haushaltslage der Kommunen mehren sich nun Befürchtungen, das Projekt stünde wegen der Steuerpolitik der Bundesregierung vor dem Aus.

Kirchheim. Den Ausbau der Kinderbetreuung sowie einen Rechtsanspruch auf Betreuung für alle Kinder ab eins hatte die SPD durchgesetzt. Neben den vier Milliarden für den Ausbau gibt der Bund ab 2014 deshalb 770 Millionen jährlich an Länder und Kommunen, wie der SPD-Abgeordnete Rainer Arnold vorrech-

net. Das scheint auch notwendig. Zwar sollen ab Herbst 2013 dann 35 Prozent der unter Dreijährigen von Kindertagesstätten oder Tagesmüttern betreut werden. Laut aktuellen Umfragen ist der Bedarf an Betreuungsmöglichkeiten aber höher.

Das stellt auch der Nürtinger Bundestagsabgeordnete fest. „In vielen Gesprächen mit jungen Eltern kommt immer wieder der Wunsch nach mehr Betreuung“, so Arnold. Es sei heute wichtig, Familie und Beruf vereinbaren zu können. Im Landkreis Esslingen liegt die Quote nach Angaben des statistischen Bundesamtes allerdings erst bei 12,8 Prozent. In den Kommunen wächst deshalb angesichts knapper Kassen die Furcht, die Aufgabe nicht stemmen zu können. Aus dem Deutschen Städte- und Gemeindebund kam bereits die Forderung nach Aufhebung des Rechtsanspruches.

Die Kommunen sind derzeit in der Tat klamm: Die Zuwendungen für die baden-württembergischen Kommunen werden in 2010 um 220 Millionen und in 2012 sogar um 360 Millionen Euro zurückgefahren. Zugleich sind herbe Einnahmeverluste zu verkräften. So sanken in Kirchheim beispielsweise die Einkünfte aus der Gewerbesteuer von 14 Millionen in 2008 auf 12 Millionen im Jahr 2009. Auch die Einnahmen aus der Einkommensteuer sinken erheblich. Waren es noch 17 Millionen 2009, wird Kirchheim in 2010 voraussichtlich nur noch 14,5 Euro Millionen verbuchen können. Höhere Gebühren und Abgaben für die Bürger sind die Folge.

Die Steuersenkungspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung hält Rainer Arnold daher für eine katastrophale Fehlentscheidung. „Durch gehen den Kommunen noch-

mals 1,6 Millionen Euro verloren“, so Arnold. Das habe bittere Folgen für die Bürger. „die mehr draufzahlen müssen, als die angekündigten Steuersenkungen ihnen bringen“, ist sich der SPD-Mann sicher.

Dies könne letztlich auch den Ausbau der Kinderbetreuung gefährden. Die Bundesregierung beteuere zwar, am Rechtsanspruch nicht zu rütteln, setze aber gleichzeitig die Kommunen weiter unter Druck. „Ich werde mich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass der Ausbau wie vereinbart vorankommt“, so Arnold. Würde der Rechtsanspruch gekippt, stieße das zahllose Eltern vor den Kopf. Sowohl für die frühkindliche Bildung als auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wäre das eine Katastrophe. Für Arnold ist klar: „Wir brauchen mehr Geld für die Kommunen und damit für alle Bürgerinnen und Bürger, anstatt teure Steuergeschenke für wenige.“ pm